

Generationen und Demografie

Welche Bedeutung hat der demografische Wandel aus Ihrer Sicht und wie wollen Sie unsere Gesellschaft „demografiefest“ für die Zukunft gestalten?



Die Parteien antworten ...



SPD

SPD

Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen und besorgt viele Menschen über die Zukunft. Es ist ganz klar, dass sich die Systeme den Veränderungen anpassen müssen. Bessere Arbeitsmodelle und -bedingungen müssen dafür sorgen, dass die Menschen mehr Zeit für Familie haben und einen guten Ausgleich von Beruf und Privatem ermöglicht. Darüber hinaus müssen neue Chancen in der Arbeitswelt genutzt werden. Technische Innovationen verändern den Arbeitsmarkt und bieten auch Chancen, um demografische Entwicklungen abzufedern. Keinesfalls dürfen aber die Arbeitnehmer*innen vergessen oder verdrängt werden. In den Mittelpunkt wollen wir dabei die Weiterbildung und Qualifizierung rücken, um den Beschäftigten ihre Sorgen zu nehmen und sie fit für die Arbeit von morgen zu machen.

Zum demografischen Wandel gehört aber auch, das Alter abzusichern. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren und darum haben wir uns auch erfolgreich für eine Grundrente eingesetzt. Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele eine Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist. Eine solidarische Alterssicherung bedeutet für uns, dass die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufgenommen wird, die Sondersysteme auf lange Sicht überwunden werden und die Beamt*innen und Abgeordneten Teil der gesetzlichen Rentenversicherung werden. Kleinen und mittleren Unternehmen haben wir es bereits erleichtert, für ihre Beschäftigten in die betriebliche Altersvorsorge einzusteigen. Ziel ist es, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Die Vollverbeitragung sowie die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir perspektivisch vollständig abschaffen.

Die bürokratischen Hindernisse bei den klassischen privaten Altersversicherungen wollen wir abbauen und Kosten senken. Um eine private Altersvorsorge attraktiver zu gestalten, wollen wir das Angebot standardisieren, Kosten senken und von einer öffentlichen Institution anbieten lassen.

Damit Menschen auch in zunehmendem Alter selbstbestimmt und nach Möglichkeit in ihrer gewohnten Umgebung leben können, setzen wir auf die Förderung altersgerechter Wohnformen inklusive der Förderung ambulanter Wohngruppen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz bis hin zur stärkeren Nutzung technischer Assistenzsysteme. Es gilt die Rahmenbedingungen für selbstbestimmtes Leben im Alter einschließlich der Betreuung und Pflege im häuslichen Umfeld zu verbessert. Auch sollen Engagementstrukturen ressortübergreifend gebündelt weiterentwickelt und gestärkt werden. Das SPD-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zu diesem Zweck von 2016-2020 das Projekt „Demografiewerkstatt Kommunen“ gefördert, mit dem Gemeinden dabei unterstützt wurden, auf die verschiedenen Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren. Der dadurch entstandene Werkzeugkoffer kann hilfreiche Unterstützung bei der Bewältigung der vielfältigen Seiten des demografischen Wandels bieten. Außerdem wird aktuell ein Nachfolgeprojekt zum Demografischen Wandel in Kommunen entwickelt. (Dirk Wiese)

Generationen und Demografie

Welche Bedeutung hat der demografische Wandel aus Ihrer Sicht und wie wollen Sie unsere Gesellschaft „demografiefest“ für die Zukunft gestalten?



Die Parteien antworten ...



Bündnis 90 Die Grünen

Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich gerade auch im HSK durch die Überalterung der Bevölkerung verstärken.

Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr Rechtssicherheit und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland erhalten. Das Handwerk bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Bleibeperspektive. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Nur eine gute Infrastruktur im ländlichen Raum sorgt dafür, dass junge Menschen nach Studium und Ausbildung zurückkommen und dass ältere Menschen ihren Lebensabend sorglos verbringen können. Dazu gehört eine Grundversorgung an Ärzten und Krankenhausbetten, ein funktionierender ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten auch auf den Dörfern und ein Kultur- und Sportangebot. (Maria Tillmann)



FWG

Unsere Gesellschaft steht vor der großen Herausforderung des demografischen Wandels. Der bisherigen Politik der jetzigen Bundestagsparteien ist es nicht gelungen, darauf die notwendigen Antworten zu geben. Der demografische Wandel wird sich auf die regionalen Entwicklungen in Deutschland unterschiedlich auswirken.

Stichworte sind hier: Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr, eine Wohnungspolitik, die den Bau von seniorengerechtem Wohnraum fördert und eine Umgestaltung der Wohnquartiere in einer Weise, dass allen Bewohnern, Jung und Alt, behindert und nicht behindert, alle Angebote in gleicher Weise zur Verfügung stehen und wahrgenommen werden können.

Hierzu gehören auch insbesondere der Erhalt und Ausbau einer modernen Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen; dies beinhaltet eine leistungsfähige Infrastruktur, eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens sowie medizinischer Versorgung.

Zudem ist die Mobilität auf dem Lande sicherzustellen.

Wir setzen uns ein für eine Generationenpolitik mit Mehrgenerationenhäusern und für eine seniorenfreundliche Infrastruktur. (Sebastian Vielhaber)

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Generationen und Demografie

Welche Bedeutung hat der demografische Wandel aus Ihrer Sicht und wie wollen Sie unsere Gesellschaft „demografiefest“ für die Zukunft gestalten?



Die Parteien antworten ...

Freie Demokraten
FDP

FDP

Der demographische Wandel in Deutschland ist in jeder Beziehung eine gewaltige gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Herausforderung.

Am Anfang steht die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten.

Wann Menschen in Rente gehen, sollen sie selbst entscheiden können. Die altersdiskriminierenden Zuverdienstgrenzen wollen wir abschaffen.

Damit die Belastung der Jüngeren gegenüber den Rentnern nicht in Überforderung umschlägt, fordern wir eine Aktienrente. So werden zukünftige Generationen am Wertzuwachs der Kapitalmärkte teilhaben und müssen nicht aus Steuermitteln alimentiert werden.

Menschen, die von Altersarmut bedroht sind, obwohl sie gearbeitet und eingezahlt haben, wollen wir mit der Basis-Rente gezielt helfen. Dies erreichen wir durch einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Für Pflegebedürftige, die zu Hause leben wollen, muss ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der die häusliche Pflege auch weiter ermöglicht.

Wir wollen Die Förderung von Mehrgenerationenhäusern sichern und ausbauen. Eine generationengerechte Gesellschaft muss immer die Balance zwischen dem Respekt vor der Lebensleistung der Älteren und der Freiheit und Selbstbestimmung der Jüngeren finden. Hohe Schulden, Steuern oder Sozialabgaben können die Freiheit zukünftiger Generationen einschränken. Deshalb dürfen sich Renten- und Pflegepolitik nie nach dem nächsten Wahltermin orientieren sondern müssen immer nachhaltig und generationenübergreifend gedacht werden. (Carl-Julius Cronenberg)

Die **PARTEI**

Die Partei

So wie es aktuell um den Pflegestandort Deutschland aussieht, gehen wir davon aus, dass künftig ohnehin nicht mehr alle alten Menschen so gepflegt werden können wie es sein sollte. Wir plakatieren daher schon in diesem Wahlkampf unser neues Motto: Pflege entlasten. Sterbehilfe legalisieren. (Andreas Hövelmann)

CDU Herr Merz steht hinter den Forderungen im gemeinsamen Wahlprogramm der Union, Antworten des Parteivorsitzenden Armin Laschet oder von Generalsekretär Paul Ziemiak sind auch für ihn repräsentativ.

DIE LINKE. Trotz Nachfrage haben wir leider keine Rückmeldung der Partei erhalten.

Über die schriftlichen Rückmeldungen der Parteien hinaus haben einige Kandidat*innen auch Kontakt mit uns aufgenommen und das persönliche Gespräche gesucht bzw. Einrichtungen aufgesucht: Friedrich Merz (CDU) mit Christian Stockmann (Caritasverband), Maria Tillmann (Die Grünen) war zu Besuch im Lettershop (heftzwecke), Carlo Cronenberg (FDP) besuchte die Integrationsfirma sowie die Werkstatt Neheim und Dirk Wiese (SPD) war zusammen mit dem Staatssekretär Stefan Zirke im Mehrgenerationenhaus zu Besuch.